

Prof. Rolf Wernstedt

Niedersächsischer Kultusminister 1990- 1998

Präsident des Niedersächsischen Landtages 1998- 2003

Politische Entscheidungsfindung in multikomplexen Problemlagen am Beispiel der aktuellen Migrationskrise

*Gedanken zur politischen, organisatorischen und geistigen Bewältigung der Flüchtlingsfrage
(Vortrag im Rahmen der Online-Ringvorlesung „Flucht und Migration“ am 1. Juni. 2016 an
der G.- W.- Leibniz-Universität Hannover)*

Seit den Monaten des Zusammenbruchs der kommunistischen Welt und dem Prozess der Einheit Deutschlands 1989/90 hat kein politisches Thema mehr die Menschen in diesem Lande so nachhaltig und emotional ergriffen wie die Flüchtlingsfrage.

Sie ist so komplex und undurchsichtig und so wenig prognostizierbar, dass es intellektuell unredlich wäre, das zu leugnen.

Mir scheint es daher sinnvoll, gedanklich einige Dimensionen zu identifizieren, zu benennen und sich zu vergegenwärtigen, die man bei der politischen Bewertung berücksichtigen muss, bevor man organisatorische oder wertende Entscheidungen trifft.

Da die Materie so vielschichtig ist, -„überkomplex“ würden die Politologen sagen- , kann ich eher assoziativ als durchgängig schlüssig argumentieren.

Ich spreche in dieser Ringvorlesung auch aufgrund der Erfahrungen, die ich in 30jähriger Parlamentszugehörigkeit, darunter auch 8 Jahre Regierungserfahrung und 5 Jahre als Parlamentspräsident.

Folgende Perspektiven sind aus deutscher Sicht offensichtlich in den Blick zu nehmen:

1. Historische Vergegenwärtigung deutscher Flüchtlingsfragen und der Anwesenheit von Flüchtlingen (Deutschen und Nichtdeutschen) im Lande im 20. Jahrhundert.
2. Ethische Fragestellungen (Menschenbild, Gerechtigkeit, Mitleid/Empathie,)
3. Politische Grundsatzfragen (Staatsverständnis,, ethische Verfassungsnormen)
4. Zivilgesellschaftliche Tatbestände(Privates Engagement, Kirchen, Institutionen, Katastrophenschutzstruktur wie Feuerwehr, Rotes Kreuz, THW, usfd.)
5. Rechtlicher Rahmen
6. Kulturelle Dimensionen
7. Die Funktion neuer Medien
8. Religiöse Fragen
9. Organisatorische Probleme
10. Europäische Verflochtenheit
11. Ängste und Vorbehalte
12. Strukturell übergeordnete Erfordernisse, Internationale Perspektiven
13. Aktuelle Empfehlungen
14. Politische Entscheidungsstruktur der Migrationsfrage

Schlussbemerkung

I. Historisches

Die bekannte und konstruierte Weltgeschichte ist eine Geschichte der Migration. Nicht nur die Ausbreitung des Menschen aus der afrikanischen Wiege war eine Wanderung. Von der Völkerwanderung will ich gar nicht reden. Dass wir vom Irak bis Marokko heute arabisch als Grundsprache haben, ist das Ergebnis einer brutalen Eroberungs- und Wanderbewegung. Die USA, Kanada, Neuseeland, viele afrikanische Länder und sogar asiatische Regionen sind Länder, die ohne Wanderung in ihrer heutigen Gestalt gar nicht existierten, ganz abgesehen davon, dass die weiße Landnahme bis Südamerika hin nur unter entsetzlichen völkermörderischen Gewalttaten vollzogen worden ist. Von etwa 1820 bis 1914 sind allein mehr als 60 Millionen Europäer ausgewandert.

Auch die Deutschen kennen das: Friedliche Auswanderung nach Russland im 18. Jahrhundert, Auswanderung an die Grenzen Österreich- Ungarns (Banat, Bukowina, Siebenbürgen), religiös motivierte Vertreibungen der Hugenotten aus Frankreich in verschiedene deutsche Regionen, Vertreibung der Salzburger Protestanten unter dem Signum des cuius regio, eius religio.

Politisch motivierte Auswanderung nach der französischen Revolution und nach der Revolution von 1848 nach Amerika.

Massenhafte wirtschaftlich motivierte Auswanderung auch aus Deutschland im Zuge der Industrialisierung, als mit der wachsenden Bevölkerung (medizinischer Fortschritt), nicht mehr genügend Arbeitsplätze angeboten wurden (Soziale Frage des 19. Jahrhunderts).

Deutschland hatte im 20. Jahrhundert, und damit kommen wir in die Zeit noch lebender Erinnerung bis in die Gegenwart, 6mal eine Millionenwanderung zu verzeichnen

1. Von 1939 bis 1945 haben in Deutschland mehr als 10 Millionen Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen dafür sorgen müssen, dass die deutsche Wirtschaft bei der Rekrutierung von bis zu 15 Millionen deutschen Männern für den Krieg überhaupt aufrechterhalten werden konnte. Über die teilweise grausigen Zustände in den Arbeitsstätten und Aufenthaltsorten ist viel geschrieben worden (z. B. in Hannover-Marienwerder bei der Elektro- Batteriefabrik VARTA). Auf dem Lande sah es häufig differenzierter aus. Dort sprach man gern von Fremdarbeitern statt Zwangsarbeitern. Es waren in der Regel Frauen und Männer aus der Sowjetunion, Polen, der CSR, aber auch aus Frankreich, Italien und Griechenland.
Sozialpsychologisch scheint mir interessant, dass die deutsche Bevölkerung kein moralisches Problem damit hatte, dass hier Zwangsarbeit existierte und die Betroffenen, sofern sie nicht umgekommen waren, unmittelbar nach dem Krieg wieder in ihre Heimatländer zurückkehrten oder zurückkehren mussten. Arbeit war nicht gleichzusetzen mit Integration.
2. Von 1944 bis Mitte der 50er Jahre flüchteten vor der Roten Armee oder wurden von/aus der Sowjetunion, Polen, der CSR, Ungarn, Rumänien, dem Baltikum mehr als 12 Millionen Deutsche vertrieben. Ostpreußen, Pommern und Schlesien sowie aus vielen deutsch besiedelten Gebieten anderer Länder wurden von anderen vertriebenen Völkerschaften besiedelt.
Ihre Aufnahme in den Besatzungszonen und später der Bundesrepublik (und DDR, dort Umsiedler genannt) war keineswegs freundlich, auch wenn sie dieselbe Sprache

sprachen, dieselbe Religion hatten, dieselbe Kultur repräsentierten und dieselbe Geschichte und Verantwortung hatten.

Nach dem personellen Aderlass durch den Krieg (5 Millionen Soldaten, 1 Million Bombenopfer, etwa 2 Millionen Vertriebene) ist der wirtschaftliche Aufstieg der Bundesrepublik Deutschland ohne diese ständig um ihre Existenz und Anerkennung ringenden Flüchtlinge und Vertriebenen gar nicht erklärbar.

Die Vertriebenen lebten teilweise länger als 10 Jahre in Behelfslagern, bevor sie eine eigene Wohnung oder ein Haus beziehen konnten. Sehr lange wirkten auch die Zwangseinweisungen in Wohnungen, da die Wohnraumkapazitäten durch Kriegseinwirkungen vernichtet waren oder – wie auf dem Lande- nicht ausreichend ausgelastet erschienen.

3. Von 1949 bis 1961 sind etwa 2 Millionen Deutsche aus der DDR in die Bundesrepublik geflüchtet, weil sie den politischen Druck nicht aushalten wollten oder sich wirtschaftlich eine andere Existenz erhofften. Es gab Wochen, in denen sich in Westberlin täglich mehr als 3000 Flüchtlinge meldeten.
Auch sie, die häufig gut ausgebildet kamen, haben ihren Anteil am sog. Wirtschaftswunder. Im Übrigen verzögerten sie die Reform des Bildungswesens in der Bundesrepublik um etwa 10 Jahre dadurch, dass man gut Ausgebildete schnell in den Arbeitsmarkt integrieren konnte.
4. Seit den 60er Jahren kamen etwa 10 Millionen Gastarbeiter aus den südeuropäischen Ländern, Jugoslawien und vor allem aus der Türkei, von denen etwa 2 Millionen hier blieben. Heute leben vorwiegend in West-Deutschland/ Berlin etwa 4 Millionen Menschen mit unmittelbarem oder in der ersten Generation befindlichem Migrationshintergrund.
Wegen der unentschlossenen Betroffenen (Sie wollten in großer Zahl nach ihrer Arbeit wieder in ihre Heimatländer) und der mangelnden politischen Klarheit der Bundespolitik, was denn die dauernde Anwesenheit von Gastarbeitern für die substantielle Integration erfordert, leiden wir bis heute an diffusen und teilweise absurden Auffassungen darüber, ob wir ein Einwanderungsland seien oder nicht. Jedenfalls ist bei den hier ständig Gebliebenen die Integration nicht bei allen geglückt, bei manchen sogar in der zweiten und dritten Generation nicht einmal angestrebt oder sogar rückläufig.
Vor allem die gläubigen Muslime und viele aus der Türkei im Wege der Familienzusammenführung Gekommenen zeigten sich zurückhaltend. Sich nicht ausreichend um sie gekümmert zu haben, müssen sich alle politischen Parteien vorwerfen lassen. Ich könnte Beispiele aus meiner Verantwortung als Kabinettsmitglied in Niedersachsen beisteuern.
5. Mit dem Beginn der Gorbatschow- Reformen und nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der gesamten kommunistischen Welt und der Einheit Deutschlands kamen aus den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion und den Ländern Ost-Mitteuropas nach 1988 mehr als 3 Millionen Spätaussiedler, die kontingentiert, nicht chaotisch, in die Bundesrepublik einreisten, als Deutsche anerkannt wurden und arbeitsmäßig und im Bildungssystem in der Regel schnell Fuß fassten. Ihre kulturelle und sprachliche Integration dauert noch an, zumal manche Familien mit Vorstellungen eines altertümlichen Deutschland kamen und Schwierigkeiten mit dem aktuellen Lebensstil haben.

Dass wir die große Zahl relativ emotionsfrei und ohne Aggression in den Integrationsprozess haben bringen können, liegt auch daran, dass ihre Zahl zwar hoch, aber doch begrenzt und damit organisatorisch beherrschbar schien. Man muss aber dennoch zur Kenntnis nehmen, dass viele Aussiedler sich mentalitätsmäßig noch nicht zu Hause fühlen, obwohl alle Paradigmen einer gelungenen Integration erfüllt zu sein scheinen (Sprache, Arbeit, Verdienst, Bildung, Alltagsleben).

6. Eine kleinere, aber zur heutigen Situation strukturell vergleichbar waren die Flüchtlingsströme aus dem auseinanderbrechenden und in Bürgerkriege fallenden Jugoslawien bis zum Friedensvertrag von Dayton 1995. Dazu kamen Flüchtlinge aus einigen muslimischen Ländern sowie ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter aus DDR-Zeiten (Vietnamesen). Mit ihnen sind allerdings auch einige der schlimmsten fremdenfeindlichen Ausschreitungen verbunden wie in Solingen, Mölln, Hoyerswerda, Rostock.

Wir stehen seit nunmehr knapp zwei Jahren inmitten einer neuen Wanderungsbewegung, deren Ursachen vielfältig und absehbar waren und in ganz Europa zur Verunsicherung und teilweise Ratlosigkeit führten, die politisch bisher nur den rechtspopulistischen nationalen Gruppierungen genützt hat.

Die regellose und nicht steuerbare Fluchtbewegung aus dem Nahen Osten, aus Afrika und aus Pakistan/Afghanistan sowie bis Ende 2015 aus dem nicht zur EU gehörenden Ländern des ehemaligen Jugoslawien und Albanien hat eine noch komplexeres Ursachengeflecht und Struktur als alle bisherigen Fluchtbewegungen.

II. Ethisches

Wir sind angesichts dieser Entwicklungen gefordert, unsere ethischen Überzeugungen und unser Menschenbild neu zu reflektieren oder überhaupt erst wieder bewusst zu machen. Angesichts unvorstellbaren Elends auf den Fluchtstrecken, untergegangener Fluchtboote, traumatisierter Frauen, Kinder und Männer, wetterbedingter Bedrängnis, krimineller Umtriebe und konkret angebbarer Verzweiflung wird unsere ganze Empathie und unser Mitgefühl aufgerufen. Das gilt auch dann, wenn man das verachtenswürdige Agieren der Schleuser in Rechnung stellt. Die aktuellen Bilder von untergehenden Schiffen zeigen die Dimension.

Christlich denkende und fühlende Menschen berufen sich auf das Erfordernis der Barmherzigkeit. Die Bibel kennt mehrere Aufforderungen, den Fremden, den Flüchtlingen, den Hilfsbedürftigen zu helfen. Die biblische Jahreslosung für 2015 hieß: „Nehmt einander an, wie Christus euch angenommen hat zu Gottes Lob“ (Römer 15,7). Aber auch der normal ethisch Empfindende drückt Mitgefühl aus und urteilt eindeutig. Es ist die Tradition humaner Haltung.

Die Fremden zu unterstützen trifft auf unser Gerechtigkeitsgefühl und die Bereitschaft zu helfen. Dies ist ehrenhaft. Denn es findet die Unterstützung im Grundgesetz, das die Unverletzlichkeit der Würde eines jeden Menschen (nicht nur eines deutschen) verlangt. Außerdem gibt es völkerrechtliche Verpflichtungen, den Hilfesuchenden aus Kriegsgebieten beizustehen und ihre Sicherheit zu garantieren.

Beim zweiten Hinsehen sehen wir, dass bei den bestehenden Ungerechtigkeiten in unserer bisherigen Gesellschaft die zusätzliche Barmherzigkeit kollidieren kann mit anderen Hilfsbedürftigen. Das Gerechtigkeitsgefühl impliziert immer auch die Frage nach der fairen gleichen Aufmerksamkeit und Achtsamkeit für alle.

Konflikte sind vorprogrammiert, zunächst grummelnd, schließlich aggressiv.

Es ist gerecht, den hilfeschuchenden Flüchtlingen zu helfen. Es ist genauso gerecht, diese nicht zu Lasten anderer Hilfsbedürftiger zu gewähren oder bewusst oder unbewusst einen solchen Eindruck zu erwecken.

Wir befinden uns in einer ethisch dilemmatischen Situation. Dies hätte bereits seit Langem thematisiert und kommuniziert werden müssen, um eine Eskalation zu verhindern.

Sie ist der Grund für wildeste Spekulationen und Verdächtigungen bis hin zu rechtsradikalen Vokabeln und verbrecherischen Überfällen auf Flüchtlinge und Unterkünfte.

Das macht es nicht überflüssig, darüber nachzudenken, ob unter den Flüchtlingen nicht auch ungerechtfertigte Bewerber sind. Dies zu verschweigen hat sich spätestens seit den Silvesterbelästigungen von Frauen in Köln, Hamburg und anderswo gerächt.

Übrigens gehört auch die Debatte um die sog. sicheren Herkunfts- oder Drittländer hierher.

Hinter dieser Frage steht das Verständnis unseres Menschenbildes. Niemand kann davon ausgehen, dass es nur gute Charaktere gibt, sondern die Ambivalenz menschlicher Existenz in jedem steckt. Deswegen muss man eine Sprache finden, die es möglich macht, den existentiell Bedrohten mit Respekt und Hilfsbedürftigkeit entgegenzukommen, aber denen, die offensichtlich zu Lasten dieser Menschen ihre Geschäfte machen wollen (Schleuser, Kriminelle, verantwortungslose politische Reden, Ausnutzung unserer Rechtslage) entschieden entgegenzutreten.

Es gehört zum politischen Grundwissen und geltenden Völkerrecht, dass Hilfsbedürftigen geholfen werden muss, aber zugleich muss man wissen, dass es keinen Rechtsanspruch auf ungeprüfte Einwanderung geben kann.

Mit einem nur positiven oder negativen Menschenbild zu hantieren ist naiv und versperrt den rationalen Zugang zu rational und vermittelbar zu lösenden Problemen.

Auch die Frage nach der gerechten Verteilung innerhalb einer Kommune oder eines Landkreises gehört hierher. Es gibt keine pauschalen Antworten. Der Gestus aller bisherigen Politik, man habe alles im Griff, war im Herbst 2015 offensichtlich eher Beschwörung als Realität.

Es geht nicht nur um Entscheidungen, sondern um Überzeugungen und Akzeptanz. Und ohne begriffliches Rüstzeug wirkt politische Rede kraftlos und steril.

Sie höhlt sich selber aus, wenn sie den Umfang des Problems in materieller und zeitlicher Hinsicht nicht präzise thematisiert.

III. Politisches (Staatsverständnis, ethische Verfassungsnormen)

Wir sind seit 1990 erstmals in Europa wieder vor die Frage gestellt, was unser Staatsverständnis eigentlich ausmacht.

Das aus Jahrhunderten entstandene Europa der Nationalstaaten hatte im 20. Jahrhundert die repräsentativen Demokratien, in der Weltkriegszeit auch faschistische und bis 1990/1 „realsozialistische“ Staaten mit diktatorischem und totalitärem Charakter hervorgebracht.

Es ist uns in der Bundesrepublik Deutschland immer selbstverständlich gewesen, dass die Völker in freier Selbstbestimmung über ihre politische Struktur entscheiden sollten, dies in definierten und anerkannten Grenzen, mit definierter Staatsbürgerschaft und eigenen Staatsverfassungen und Gesetzgebung. Real gebunden ist dies natürlich zugleich auch an das Recht, diese Regeln zu garantieren und notfalls zu verteidigen und im Bedarfsfall durchzusetzen.

Eine der tragenden zivilisatorischen Leistungen des Rechtsstaates ist, dass das Gewaltmonopol beim Staat liegt und jeder vor Unrecht und Willkür geschützt werden soll. In diesem Sinne wird dem Staat vertraut, dass er die Sicherheit aller garantiert und nachvollziehbare Ordnungsstrukturen verankert und im Zweifel auch durchsetzt. Dies bis Ende 2015 nicht ausreichend diskutiert und als Grundbedürfnis aller Menschen thematisiert zu haben, müssen sich alle demokratischen Parteien als Vorwurf gefallen lassen.

Erst nach der Silvesternacht 2015/16 und den Ausschreitungen von Flüchtlingen in Köln wird das ernsthaft diskutiert.

Das gilt in Deutschland hinsichtlich der staatlichen Ordnung Bund, Länder und Gemeinden mit ihren jeweiligen Behörden und Institutionen. Das gilt auch für die in diesem Rahmen agierenden zivilgesellschaftlichen und/oder staatlich gestützten Verbänden (Kirchen, Gewerkschaften, Freie Wohlfahrtsverbände u. a.)

Mit dem zusammenwachsenden Europa und seinen Institutionen sowie der Menschenrechtscharta sind einige dieser Grundprinzipien auf ihre Berechtigung zu verifizieren. Das Recht auf Asyl bei nachgewiesener politischer, religiöser oder rassistischer Verfolgung ist gerade für die Deutschen nach den Erfahrungen des Nationalsozialismus ein unaufgebbares zivilisatorisches Ergebnis.

Wir haben es als befreiend empfunden, dass die Grenzen durchlässig wurden, die Reisefreiheit garantiert war und innerhalb der EU Niederlassungsfreiheit besteht. Deutschland hat davon am Meisten profitiert, wirtschaftlich und geistig.

Mit dem Auftauchen von Hunderttausenden, vielleicht von Millionen Menschen aus Krisengebieten an unseren Grenzen, für deren krisenhafte politische Entwicklung sich die europäischen Länder und Deutschland (noch) nicht verantwortlich fühlen, werden fast alle diese Prinzipien berührt: Für wen gilt das Asylrecht? Ist wirtschaftliche Not ein Asylgrund? Wenn nein, wie will man der erkennbaren Not abhelfen? Sind die Grenzen so gestaltet, dass sie nicht massenhaft ignoriert werden können? Wie stehen wir zu der sich verschärfenden

Praxis der Abschiebung, die gilt? Was ist eigentlich zumutbar für ein Land und eine Bevölkerung? Wovon ist Zumutbarkeit eigentlich abhängig? (Information, Gewöhnung, Einsicht, Veränderung von Perspektiven usw.)

Wer bestimmt über Grenzen? Darf man in Deutschland nach 40 Jahren Grenze und Mauer überhaupt an Mauern denken? (FOCUS 17. 10.2015)

Könnte man Mauern eigentlich ohne Schießbefehl wirksam schließen?

Wieviel Souveränität und Selbstbestimmung muss in dieser Frage relativiert werden? (Verteilungsquote auf die Länder, die osteuropäischen Länder sind entschiedene Gegner der Aufnahme von Flüchtlingen und sprengt damit bisherige für gültig gehaltene Wertvorstellungen)

In der Flüchtlingsfrage steht unser Grundvertrauen in die Leistungserwartung staatlicher Institutionen zur Debatte. Da sich bis in die letzten Monate der Eindruck von Hilflosigkeit der politisch Verantwortlichen breit gemacht hatte, gibt es einen Resonanzboden für nationalistisch- völkische Bewegungen und autoritäre Sentiments nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa.

Auch in europäischen demokratischen Gesellschaften muss man lernen, dass es unvorhersehbare Entwicklungen geben kann, auf die man mit politischen Entscheidungen nur begrenzt und in kurzer Zeit endgültig reagieren kann. Unsere lieb gewordene Vorstellung, dass man alles vorhersehen und planen kann (Haushaltspläne z. B. sind der feststehende finanziell unterfütterte Handlungsplan für eine kalkulierbare Zeit), ist fragil.

Das Urvertrauen in die institutionelle Leistungsfähigkeit ist in dieser Frage nicht mehr gewährleistet. Wenn das so ist, müssen wir lernen, die Unwägbarkeiten bewusster im Auge zu haben und nicht in Panik, Angst oder unmenschliche Reaktionen zu verfallen. Das setzt Ehrlichkeit und Klarheit voraus, ein Erfordernis, das bei der taktischen Sprache unserer Politik häufig vernachlässigt wird, nicht aus moralischer Niedertracht, sondern aus taktischem Kalkül und Angst, und manchmal auch aus Unerfahrenheit im Umgang mit unvorhergesehenen und bisher als unvorstellbar geltenden Situationen.

Seit dem Abkommen der EU mit der Türkei über die Zurücknahme von illegal eingereisten Flüchtlingen ist die Flüchtlingszahl drastisch zurückgegangen. Die Skepsis und die innere Ablehnung weiter Teile der europäischen Gesellschaften ist dadurch nicht getilgt, zumal das Abkommen wegen der Verhältnisse in der Türkei nicht gesichert erscheint. Keiner weiß, wie man mit den 1 oder 2 Millionen Menschen umgehen soll, die an Libyens Küste auf eine Gelegenheit warten, nach Europa zu gelangen.

IV. Zivilgesellschaftliches

Schneller und unmittelbarer als die sog. zuständigen Instanzen haben große Teile der Gesellschaft konkrete Notlagen realisiert. Ohne das zivilgesellschaftliche Engagement hätte Vieles schlimmer ausgesehen. Die Strukturen des deutschen professionellen, halbprofessionellen und ehrenamtlichen Katastrophenwesens (D. h. Feuerwehren, THW, DRK, Malteser, Johanniter, ASB, Vereine, Organisationen, zuletzt auch Bundeswehr, Polizei) haben eine effektive Hilfestruktur aufgebaut. Diese existiert unterhalb oder subsidiär zu den staatlichen Personalkörpern der Verwaltungen, der Polizei und der Bundeswehr. Feste

zivilgesellschaftliche Strukturen wie Kirchen, Vereine, Institutionen sind schnell zu Hilfen bereit. Allerdings ist diese für zeitlich begrenzte Aktionen ausgelegt wie bei Naturkatastrophen, aber nicht auf Dauer. Dies überfordert wirklich physisch, psychisch und die Arbeitgeber auch finanziell.

Dennoch muss man sagen, dass der ehrenamtliche Unterbau der Gesellschaft stabil ist und eine anerkennenswerte Seite der gesellschaftlichen und ethischen Entwicklung Deutschlands zeigt. Hierzu gehören auch die in Ballungsgebieten bestehenden Integrationsräte, freiwilligen Hilfsangebote zu karitativer oder sprachlicher, medizinischer oder begleitender Tätigkeit.

V. Rechtliches

Dreh- und Angelpunkt aller Diskussionen bleibt die Frage nach legalen Einwanderungsmöglichkeiten.

Das Asylrecht hat eine zentrale Funktion. Alle demokratischen Parteien verteidigen den Kern dieses Rechts. Allerdings verbreiten viele Unklarheiten auch Unsicherheiten: Es gibt unscharfe Grenzen, was politische Verfolgung ist. Gehört der afghanische Dolmetscher dazu, der der Bundeswehr geholfen hat und der um sich und seine Familie fürchten muss? Gehört dazu ein Arzt, der in einem Krankenhaus auch Leute behandelt hat, die politisch bekämpft werden? Hat ein Asylberechtigter ein Anrecht darauf, seine oft ganz große Familie nachkommen zu lassen? Wie hoch ist das Recht auf Familienzusammenführung einzuschätzen? Wie geht man mit allein reisenden Flüchtlingen um, die unter Aufbietung aller finanziellen Mittel ihrer Familien oder Dorfgemeinschaften aus dem Elend entkommen wollen? Wie gewaltförmig sollen die Abschiebungen sein dürfen?

Kann man weiter so großzügig mit dem eigentlich außerhalb der Rechtsnormen stehenden Kirchenasyl umgehen?

Monatelang bestand in der Öffentlichkeit in Deutschland Unklarheit über die verschiedenen Typen von Aufenthaltsberechtigungen. Asylbewerbern und Asylberechtigten, Flüchtlingen nach Genfer Flüchtlingskonvention mit begrenztem Aufenthaltsrecht, subsidiärer Schutz, Arbeitsmigration usw.

Das Ergebnis ist eine diffuse Rede von Integration, als ob alle Flüchtlinge ein Anrecht oder die Pflicht zur Integration haben, auch dann, wenn ihr Aufenthaltsstatus begrenzt bleibt oder Asyl abgelehnt wird.

Das Ende Mai 2016 Woche vom Bundeskabinett beschlossene Papier zur Integration ist überfällig, aber es macht den zweiten Schritt vor dem ersten. Denn eigentlich setzt es faktisch und rechtlich ein Einwanderungsgesetz voraus.

Denn beispielsweise Wohnsitz- Verpflichtungen auszusprechen für Menschen, von denen man nicht weiß, ob und wie lange sie bleiben, bleibt ein Provisorium und ambivalent.

Überlange Bearbeitungszeiten von Asylanträgen sowie unkoordinierte Erstregistrierung und Erstaufnahme führten zu Verunsicherungen und führten zu einem schleichenden Autoritätsverlust von Politik und Misstrauen gegenüber den staatlichen Verantwortungen.

VI. Kulturelles

Im Gegensatz zu den Flüchtlingsströmen der Nachkriegszeit und der Spätaussiedler haben wir es heute mit den Flüchtlingen aus Syrien, dem Irak, Afghanistan oder anderen

muslimischen Ländern mit für die Deutschen kulturell viel fremderen Menschen zu tun. Ihre unmittelbare existentielle Not, die uns zu Hilfsbereitschaft veranlasst, berührt natürlich deren Selbstverständnis nicht. Sie bringen ihre Kultur und ihre Erfahrungen, Gewohnheiten und Überzeugungen mit. Und die eigene persönliche Vergangenheit kann kein Mensch einfach abschütteln.

Nicht jeder/jede, die aus Ländern der Verfolgung kommt, kann mit unseren Grundrechtsanforderungen sofort etwas anfangen. Problematisch werden manchmal die deutschen Rechte der Gleichberechtigung von Mann und Frau, des Misshandlungsverbots von Kindern, der Rolle der Religion als Privatsache, der Ehr- Vorstellungen, der Chancengleichheit für alle, der Ablehnung von innerfamiliären hierarchischen patriarchalischen Strukturen u. a. empfunden.

Aber auch tägliche Lebensselbstverständlichkeiten können problematisch werden, ohne dass man Schlechtes dabei denken müsste: Kleidungsgewohnheiten, Essgewohnheiten.

All diese Alltäglichkeiten sollte man nicht skandalisieren, sondern auf Klarheit pochen. Es ist ein guter Vorschlag, manche Dinge einfach sehr früh in den Aufnahmeeinrichtungen den Flüchtlingen auszuhändigen, um ihnen deutlich zu machen, worauf man in Deutschland Rücksicht nehmen muss oder was man nicht tolerieren kann und darf.

So ist es hilfreich, darauf hinzuweisen, dass man in Deutschland stundenlang im Zug sitzen kann, ohne mit den Mitreisenden zu reden und dass dies nicht unhöflich ist. Oder ein freundlicher Blick einer Frau bei einem Gruß in Deutschland kein Flirtversuch ist, wie es häufig alleinreisende Männer aus Afrika oder muslimischen Ländern verstehen. Dass der öffentliche Raum auch allein reisenden oder allein einkaufenden Frauen selbstverständlich zur Verfügung steht, und Frauen, die das tun, nicht moralisch freizügiges Verhaltensweisen unterstellt wird und entsprechend reagiert, ist unmissverständlich klar zu stellen. In solchen Fragen gibt es eine Anpassungspflicht der Ankommenden.

Genauso ist unmissverständlich darauf zu pochen, dass diskriminierende Haltungen und Äußerungen gegenüber Frauen nicht toleriert werden (Verweigerung der Essensannahme von Frauen, weil diese unrein seien). Frauen beim Gruß nicht die Hand zu geben, weil diese unrein seien, gilt in Deutschland als grobe Unhöflichkeit.

Die Frage, was Toleranz gegenüber kultureller Vielfalt und was Integration und was Anpassung ist oder sein muss, muss immer neu ausgehandelt werden.

Die Werte des Grundgesetzes sind nicht diskutabel, aber Gewohnheiten und Lebensformen unterliegen einem Wandel. Es ist zu bezweifeln, dass in dieser Hinsicht genügend Kenntnis bei großen Teilen der deutschen Bevölkerung vorhanden ist.

Es ist aber auch deutlich zu machen, dass die Werte des Grundgesetzes für die Ordnung der Bundesrepublik und die Verhaltenserwartung an die hier lebenden Menschen Vorrang vor Bibel oder Koran haben.

VII. Neue Medien

Rupert Neudeck hat darauf hingewiesen, dass die Neuen Medien als Fluchtbeschleuniger dienen. Fast alle Flüchtlinge haben Smartphones, mit denen sie Kontakt zu ihren Verwandten oder anderen Personen halten. Sie sind aber auch zugleich das Vehikel, unmittelbar Informationen aus den Zielländern zu erhalten. Wenn, wie durch die unklare Sprache, der Eindruck entsteht, dass man in Deutschland wahllos willkommen sei und alles

Mögliche zur Verfügung gestellt bekommt, verbreitet sich dies wie ein Lauffeuer unter bedrängten Menschen und verstärkt noch einmal die Fluchtbereitschaft.

Man muss allerdings sagen, dass heute nicht nur unmittelbar Bedrängte kommen, sondern viele durch eine unspezifische Rede von Willkommen und Arbeitsmöglichkeiten die Lager in der Türkei oder dem Libanon verlassen und sich auf den Weg machen. Das Gleiche gilt für die Armutsflüchtlinge aus dem Balkan und Afrika. Durch die mangelnde finanzielle Unterstützung der Lager durch die UN (und die Länder, auf die sie angewiesen sind) und die dadurch vergrößerte Not wird dieser Prozess zusätzlich beschleunigt. Hier hätte die internationale Politik, auch die deutsche, viel früher reagieren müssen.

VIII. Religiöses

Seit den 90er Jahren diskutieren wir verstärkt über die Bedeutung und Funktion von Religion im politischen Raum. Ausgelöst ist diese Frage auch dadurch, dass durch das Scheitern sozialistischer und quasisozialistischer Staaten seit den 70/80er Jahren (Irak, Syrien, Ägypten, Libyen) bei vielen islamischen Gesellschaften der Islam als eigentliche Quelle von Zuversicht und Frieden erschien.

Durch die enorme Wirkung globalisierter Märkte mit dem säkularen kapitalistischen Gestus erschienen westliche Werte wie Demokratie und Menschenrechte als unglaubwürdig und die Identität muslimischer Menschen bedroht. Die USA wurden als Vormacht das Haupt-Aggressionsobjekt. Der 11. 9. 2001 war der signifikante Ausdruck dafür.

Diese Entwicklung ist noch in vollem Gange.

Als sich in den langen desaströsen Folgen des 2. Irak- Krieges 2014 der IS- Staat mit seinem weltweiten kalifatischen Anspruch auf Beherrschung der gesamten sunnitischen Welt proklamierte und mit bisher nicht vorstellbarer völkermörderischer Wucht und fundamentalistischer archaischer Koran- Auslegung agierte, stellte sich im Westen, auch in Deutschland, eine erhöhte angstbesetzte Sicht gegenüber dem Islam ein.

Dadurch, dass auch in Deutschland die islamischen Verbände nicht glaubhaft machen konnten, dass die gewaltmäßige und unbarmherzig unhistorische Auslegung des Korans unislamisch ist, konnte sich eine breite Ablehnungswelle gegenüber dem Islam ausbreiten. Die Beteiligung deutscher Konvertiten und hier aufgewachsener Muslime der 3. Generation am IS- Terror und Anschlägen scheinen täglich diesem Gefühl Bestätigung zu geben. Das Auftreten der Salafisten, die kulturbarbarischen Zerstörungen in Palmyra oder Mossul, die Versklavung von Frauen unter Berufung auf den Koran haben in Deutschland dazu geführt, dass der Islam fast nur noch in seiner gewaltförmigen Gestalt und damit als Gefahr wahrgenommen wird.

Nur deswegen ist es möglich, dass ausgerechnet in deutschen Regionen, in denen der Anteil kirchlich christlich gebundener Menschen unter 20 % liegt, eine Bewegung gegen die „Islamisierung des Abendlandes“ entstehen konnte.

Die Einwanderung und mögliche Asylgewährung oder Duldung einer großen Zahl von Muslimen im Zuge der gegenwärtigen Krise muss diesen Aspekt berücksichtigen. Hier ist auch unter der deutschen Bevölkerung viel mehr Aufklärung vonnöten und den hier agierenden Islamverbänden mehr abzufordern.

Toleranz ist nicht kenntnislose Duldung des Fremden, sondern Anerkennung des Anders im Bewusstsein dessen, was für mich selbst unverhandelbar und was nicht zu tolerieren ist.

IX. Organisatorisches

Es ist erstaunlich, wie unkoordiniert und dilettantisch 2014 bis Anfang 2016 die absehbar steigenden Flüchtlingszahlen organisatorisch behandelt worden sind. Bereits Mitte 2014 war absehbar, dass sich die Zahl der Flüchtlinge drastisch erhöhen würde, zumal sich die kriegerischen Auseinandersetzungen im Nahen Osten ständig zuspitzten und sich die Flüchtlingslager in der Türkei, Libanon, Irak und Jordanien selbst als Hungerquartiere herausstellten.

Stattdessen erleben wir innerhalb Deutschlands und dann auch in Europa ein unwürdiges Gefeilsche zwischen Bund, Ländern und Kommunen über finanzielle und personelle Maßnahmen und Zuständigkeiten. Die europäische Uneinigkeit und Abwehrhaltung von Ungarn bis Großbritannien ist überdeutlich.

Der Eindruck der Hilflosigkeit machte sich breit.

Es gab Zustände in Niedersachsen, wo das Landeskommando Niedersachsen erst spät abends die Mitteilung erhielt, dass gegen Mitternacht noch ein ganzer Zug mit 700 oder 800 Flüchtlingen ankomme. Es musste innerhalb weniger Stunden entschieden und vorbereitet werden, wohin sie zur Registrierung gebracht werden sollten. Unterwegs verschwanden etwa 10 %, manchmal auch viel mehr, die sich auf eigene Faust einen Weg suchten, unregistriert und unkontrolliert. Das sind natürlich unhaltbare Zustände.

Wir können feststellen, dass sich auch die Länder- und Kommunen aufopferungsvoll um tragbare Lösungen bemühen, obwohl sich die Situation seit zwei Jahren dramatisch zuspitzte und manche Unzulänglichkeiten zu Tage gefördert wurden.

Der Prozess ist nicht zu Ende, auch wenn sich manche Routine und bessere administrative Personalverhältnisse einstellen.

Die finanziellen Gesamtkosten und die jeweiligen Anteile sind weiterhin strittig.

Wir befinden uns jetzt in einer Phase, wo die meisten großen Notunterkünfte geräumt sind und die Flüchtlinge in kleine neue Wohnungen eingewiesen werden können.

Die Nachbarschaft vieler solcher Unterkünfte mit Wohngebäuden macht es notwendig, neue Formen geregelter Sozialformen zu entwickeln: Sprach- und Verhaltenskurse, Arbeitsvorbereitung, und Arbeit. Das erfordert je nach Typus viel Zeit und Geduld.

X. Ängste und Vorbehalte

Machen wir uns nichts vor. Es ist nicht rechtsradikal, wenn Menschen Angst haben oder skeptisch sind. Frauen fürchten um ihre Sicherheit, Hausbesitzer fürchten um den Wert ihrer Immobilie, Schulen haben Angst, ihren Bildungsauftrag nicht erfüllen zu können, sozial Schwache schauen mit Unverständnis auf manche Gratifikation, alleinstehende Männer werden als Gefahr gesehen, Unausgebildete als Schmarotzer, bei ungesteuerter Zuwanderung erscheinen Zwangseinweisungen oder Beschlagnahme von Wohnraum nicht mehr ausgeschlossen usw.

Die vielen Vorurteile, die dabei mitschwingen, muss man zurückweisen.

Was man aber zu Recht erwarten kann, ist eine Politik, die reale Probleme benennt, ihre Lösung anvisiert, dies kommuniziert und dann auch durchsetzt.

Weil die Politik des Bundes und der demokratischen Parteien aus Angst vor der rechtspopulistischen oder rechtsradikalen Ausnutzung und Verhetzung eine konkrete Analyse und auch eine über die unmittelbare Notbewältigung hinausweisende Perspektive verweigert, an der man sich ausrichten kann, hat sie den politischen Rechtsparteien und einer verunsicherten Bevölkerung einen Resonanzboden gewährt.

Das „dunkle Deutschland“, von dem der Bundespräsident sprach und das sich in hunderten von Brandanschlägen auf Flüchtlingsheime manifestiert, ist eine demokratische Herausforderung. Demokratie funktioniert aber nur durch Dialog und klare Sprache, nicht durch Verschweigen und Ressentiment.

In der Flüchtlingsfrage erweist sich eine erschreckende Diskursunfähigkeit unserer Parteien. Man kann eine Tendenz feststellen, kritische und moralische Fragen aus dem intellektuellen Diskurs auszuschließen. Das verbale Draufschlagen auf Rechtsradikale oder die AfD fruchtet nichts bei den Anhängern und wirkt wenig überzeugend auf die potentiellen Mitläufer und Wähler.

XI. Europa

Die europäische Politik, die sich als Wertegemeinschaft definiert, aber wesentlich ökonomisch agiert, macht in der Flüchtlingsfrage keine gute Figur. Weil man sich getrieben fühlt, suchen viele Länder in nationaler Abschottungspolitik ihre Rettung. Ungarn hatte damit begonnen, die ost-mittel-europäischen Länder denken genauso. Griechenland, im März 2016 durch die Schließung der makedonischen Grenze in die strukturelle Verzweiflung zu treiben, nachdem es im Sommer 2015 noch der Paria der europäischen Finanzpolitik war, ist erbärmlich.

Alle politisch Verantwortlichen wissen, dass die millionenfache Flüchtlingszahl nur durch gemeinsame Verantwortung, sei es in humanitärer oder anderer Hinsicht, sei es in kontingentierte Flüchtlingsaufnahme, in vernünftige Bahnen gelenkt werden kann.

An der Haltung ostmitteleuropäischer Länder, die sich im Gefolge der politischen Neukonstituierung nach 1990 als doppelte Opfer verstehen (erst durch den Überfall Deutschlands, dann durch die Kommunisten), ist die ganze Schwäche des gegenwärtigen Europas zu sehen.

Die Länder wollen keine neue Identitätsdebatte haben, die die Ankunft vieler Flüchtlinge mit sich brächte, nachdem sie erstmals seit Jahrhunderten frei unter sich leben.

Dass selbst bei totaler Abriegelung Europas die alten idyllischen Zustände nicht wiederkehren würden und auch die einzelnen Nationalstaaten nicht mehr aus dem globalisierten Kreislauf entfliehen können, ist den rechtspopulistischen Parteien nicht klar oder egal. Nutznießer wären andere als europäische politische Player.

Die Hoffnung auf ein geeintes und tolerantes Europa schwindet.

XII. Strukturell übergeordnete Erfordernisse :

- A) Natürlich bleibt es eine aktuelle Hauptaufgabe der Großmächte, den Bürgerkrieg in Syrien (und dem Irak!) möglichst schnell zu beenden und nach einer tragfähigen Lösung

des zerfallenden Machtgefüges im Nahen Osten zu suchen.. Die Schwierigkeit dieses Unternehmens wird dadurch klar, dass die globalen Mächte (USA und Russland), die benachbarten Mittelmächte (Iran, Saudi- Arabien, Türkei), die betroffenen Länder (Irak, Syrien, Jordanien, Libanon, Israel) eigene Interessen haben, die durch die Unterstützung unterschiedlicher Terrorgruppen involviert sind. Das ganze Dilemma wird z. B. dadurch deutlich, dass die Türkei aus Angst vor einer eigenen kurdischen politischen Rolle alles tut, um eine Befriedung in Syrien zu torpedieren
Der Ausgang dieses Konflikts entscheidet auch über unsere Betroffenheit.

- B) Die deutsche und europäische Afrika- Politik muss sich darauf konzentrieren, in den afrikanischen Ländern eine Entwicklungsstruktur helfen aufzubauen, die es den korrupten Eliten nicht ermöglicht, sich daran zu bereichern, sondern den Menschen eine Bildung- und Arbeitsperspektive in Afrika verschafft (z. B. außerbetriebliche Ausbildung u. ä.)
Sonst geschieht genau das, was der ehemalige Oberstadtdirektor von Hannover und spätere NDR- Intendant Martin Neuffer, prognostiziert hat: dass eine wirklich Völkerwanderung von Afrika nach Europa einsetzt. („Die Erde wächst nicht mit“ München 1982)
- C) Deutschland braucht dringend ein Einwanderungsgesetz, damit endlich Deutschland selbst entscheiden kann, wen es unter eigenen Interessen einwandern lassen will. Das muss unbeschadet der Asylgarantie bei staatlicher, religiöser oder rassistischer Verfolgung geschehen.
- D) Es bedarf einer innereuropäischen Entwicklungspolitik, damit die entwicklungs- verzögerten Länder in Europa selbst(Balkan) mit den europäischen Geldern auch tatsächlich Strukturreformen durchführen und beispielsweise den Sinti und Roma eine wirkliche Lebensperspektive zu geben.

XIII. Aktuelle Entscheidungsgrundlagen und Empfehlungen:

1. Sichtbare und verbesserte Koordinierung aller staatlichen Ebenen und der ehrenamtlichen Möglichkeiten unter Einschluss der finanziellen Perspektive, wobei die Grundbedürfnisse (Unterbringung, Wohnung Spracherwerb) sowie langfristige Maßnahmen wie Bildung und Ausbildung- Arbeit und kulturelle Integration) zu lösen sind. Das gilt für alle, die eine längere Bleibeperspektive haben. Man muss davon ausgehen, dass mit Ausnahme der Asylberechtigten die meisten Flüchtlinge kein dauerndes Bleiberecht haben werden, wenn die Kriege oder politischen Konflikte, die die Fluchtgründe waren, in den nächsten 3 - 5Jahren beendet sind. Wenn das nicht gelingt, bleibt die Aufenthaltsgarantie auf Dauer. Die Perspektive bleibt ungenau und nicht präzise vorhersehbar.
2. Entemotionalisierung der öffentlichen Debatte, weil sie die rationale Bearbeitung der Probleme erschwert. Das setzt allerdings voraus, dass die politischen Parteien ihre gedanklichen und politischen Grundannahmen präziser fassen und die Zurückhaltung in der Problembeschreibung aufgeben. Die deutsche Gesellschaft ist gebildet und erfahren genug, auch schwierige langfristige Problemlagen zu verstehen und zu debattieren.

Die wahllose Verwendung des Begriffs der Willkommenskultur widerspricht sich in dem Moment, wo über Begrenzung und Zurückführung gesprochen werden muss. Die Stacheldrähte an Europas Grenzen, die Zustände um Idomeni, die Zurückführung in die Türkei, die Erklärung der Maghreb- und Westbalkanstaaten zu herkunftssicheren Ländern ist mit dem Begriff der Willkommenskultur nicht erfassbar.

Der Euphemismus „Wir schaffen das“ hat sich in den letzten Monaten selbst ad absurdum geführt, wenn es nicht gelingt, die offenbaren Zeichen von Kontrollverlust perspektivisch zu überwinden.

Die voluntaristische Attitüde, die in der Sprache der Politik sich breit gemacht hatte, leistet den politischen Angstmachern Vorschub. Der Integrationsbegriff wurde wahllos und unscharf verwandt. Auch der Beschluss der Bundesregierung vom 25. Mai 2016 suggeriert immer noch, dass jeder, der die deutsche/europäische Grenze überschritten hat, zu integrieren sei.

Dies ist aber nicht der Fall. Nur geduldete Personen und Kriegsflüchtlinge können nicht automatisch davon ausgehen, auf Dauer hier zu bleiben. Ein Programm, sie bei Bedarf zu qualifizieren, damit sie Fähigkeiten erwerben, in ihren Herkunftsländern nach möglicher Abschiebung oder freiwilliger Rückkehr qualifiziert am Aufbau ihrer Länder zu arbeiten, ist weiterhin ein Desiderat (Basisqualifikation).

3. Betonung der Wertegrundlagen für die Behandlung der Flüchtlingsfrage, die selbstredend auch für die einheimische Bevölkerung gilt. Weltoffenheit bedeutet nicht wahl- und bewertungslose Akzeptierung alles Fremden, sondern eine interkulturelle Selbstvergewisserung, die beide Seiten betrifft.
4. Aufklärung gegenüber den Flüchtlingen über die Anforderungen und Regelungen in Deutschland unter Einschluss der möglichen Abschiebung. Hier hat sich in den letzten Monaten einiges geändert.

XIII. Politische Entscheidungsstruktur der Flüchtlingsfrage:

Die Komplexität der Problemlage ist unübersehbar. Kompetenzüberlagerung und Zuständigkeiten sind so gelagert, dass man der Politik auch nicht vorschnell Versagen vorwerfen sollte.

- Internationale strategische Interessenlagen (USA, Russland, Naher Osten)-
- Ökonomische Verflechtungen und materielle Interessen (ÖL, andere Rohstoffe, Handelsinteressen)
- Übernationale Abstimmungsnotwendigkeiten (innerhalb der EU, Türkei)
- Nationale Differenzierungen

In Deutschland: Bund- Länder- Kommunen mit unterschiedlichen und manchmal überlagerten Entscheidungsstrukturen z. B.

- a. Bund:(Internationale Abstimmungen, Grenzfragen, Gesetze, Verwaltungen, Migrationsbehörden, Asylverfahren, Sprachangebote, Finanzierungen)
- b. Länder (Unterbringung bei Erstaufnahme, Verteilungs- und Wohnungsprobleme, Schulen und Bildungsangebote, Finanzierung)

- c. Kommunen (kurzfristige und langfristige Unterbringung, Behördliche Regelungen, Finanzierungen, Schulpflichtsicherung)

Dazu sind wiederum unterschiedliche Instrumenten und Zuständigkeiten zu beachten (Bundeswehr und Polizei, Feuerwehr und THW, Schulen und BfA-Behörden usw.) sowie starke zivilgesellschaftliche Strukturen (Kirchen und Gewerkschaften, Vereine und Initiativen) und Einzelengagement.

Diese dem politischen Handlungsfeld zuzuordnenden Aspekte sind aber ohne die kulturellen, habituellen, religiösen und anderen Wertvorstellungen blind.

Da absehbar ist, dass die Migrationsfrage die entscheidende Frage der nächsten Jahrzehnte auch in Deutschland sein und bleiben wird, ist es notwendig, einen rationalen Diskurs auf Dauer zu führen, damit nicht Renationalisierungs- Forderungen zu noch unübersichtlicheren Verhaltensweisen und schließlich nicht mehr friedlich steuerbaren Entwicklungen führen.

Schlussbemerkung:

Als vor 8 Jahren dem internationalen Bankensystem durch betrügerische Spekulationen fast aller Großbanken der westlichen Welt der Kollaps drohte, war es möglich, zur notwendigen Rettung ins Strudeln geratener Banken in Deutschland innerhalb einer Woche mehr als 400 Milliarden Euro durch alle Gremien hindurch zu beschließen. Auch wenn dies zunächst nur eine staatliche Garantie für mögliche ausfallende Verbindlichkeiten war, war dies ein Moment der Entblößung der realen Machtverhältnisse.

Angesichts von gegenwärtig 60 Millionen Flüchtlingen auf der Welt und der sichtbaren humanen Katastrophe streiten europäische Länder monatelang um einige Millionen. Nicht einmal die zugesagten Mittel für die Lebensmittelrationen in den Flüchtlingslagern in Jordanien, der Türkei und dem Libanon wurden zeitgerecht ausgezahlt. Dies hat auch zur verstärkten Flüchtlingszahl geführt.

Wir leben offenbar in einer Welt, in der die Sicherung der großen Geldinstitute und ihrer Interessen schneller und effektiver durchgesetzt werden kann als die Grundbedürfnisse von Millionen von Menschen.

Ich halte das für grundsätzlich problematisch, ohne in billige Kapitalismuskritik zu verfallen. Das Verhältnis von der Wertegebundenheit westlicher Politik und der realen Verhaltensweisen muss neu justiert werden.

Solange europäische Länder glauben, sie könnten unabhängig von den Ursachen des Weltelends nationalistisch agieren, entlarvt sich der europäische Wertehorizont als brüchig und als Phrase.

Natürlich wäre es unsinnig, alle Mühseligen und Beladenen dieser Welt nach Europa oder Deutschland zu lassen. Selbst wenn man das machte, käme das Gegenteil von dem heraus, was intendiert wäre. Es wäre ein realdialektischer Prozess.

Aber an der Verbesserung von Bedingungen mitzuarbeiten, die es verhindern, dass Menschen glauben, in anderen Ländern ihr Heil suchen zu müssen und zu können, ist eine gemeinsame Aufgabe.

Das bedeutet auch, dass man den Menschen aus diesen Ländern abverlangt, für die Verbesserung der Lage ihrer Länder zu streiten und nicht nur ihr persönliches und familiäres Heil in der Flucht zu suchen.

Wer z. B. hier studieren kann und unsere Hilfe einschließlich von Steuergeldern dafür in Anspruch nimmt, hat eine Bringeschuld, seine Kenntnisse zu Hause anzuwenden. Wir sollten sie darin unterstützen.

Das gilt auch unabhängig davon, ob wir sie in unserer Wirtschaft gebrauchen können.

Literaturtipps:

Jochen Oltmer „Globale Migration“, Geschichte und Gegenwart, München 2012, Becksche Reihe Nr. 2761

Martin Neuffer „Die Erde wächst nicht mit“, Neue Politik in einer überbevölkerten Welt, München 1982 , Becksche Schwarte Reihe Band 257.

„Zuwanderung und Integration in Niedersachsen seit dem Zweiten Weltkrieg“, (H.g Klaus J. Bade und Jochen Oltmer), Osnabrück 2002.

„Zuwanderung und Integration“, NEUES ARCHIV FÜR NIEDERSACHSEN, 2, 2002

Helga Grebing : „Flüchtlinge und Parteien in Niedersachsen“ Eine Untersuchung der politischen Meinungs- und Willensbildungsprozesse während der ersten Nachkriegszeit 1945- 1952/53, Hannover 1990.

Aus der unübersehbaren Zeitungs- und Zeitschriftenberichterstattung sei auf die für ein Beispiel sowohl unterrichtender als auch in reißerischer und meinungsbildender Charakteristik erschienene Artikel- Reihe „Wie die Politik in der Flüchtlingskrise versagte“ in BILD hingewiesen, die vom 30. Mai bis 4. Juni 2016 jeweils ein- bis zweiseitig erschien.

Dieser Vortrag wird ähnlicher Form im Juli 2016 veröffentlicht in:
Manfred Quentmeier/ Martin Stupperich/ Rolf Wernstedt (Hrsg.): “Vertrieben, geflohen-angekommen?” Schwalbach 2016. Wochenschau-Verlag.